



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 02/19 • 10.01.2019



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

zum 1. Januar hat Rumänien den Ratsvorsitz
übernommen.

In dem Programm der Ratspräsidentschaft für
die erste Hälfte des Jahres 2019 sind die
Förderung des Wachstums in der EU, die
Verbesserung der Bedingungen für
Wettbewerbsfähigkeit, die Stärkung der
inneren Sicherheit, die Förderung der
gemeinsamen europäischen Werte der
Demokratie, der Freiheit und der Achtung der
Menschenwürde in der EU und außerhalb der
Grenzen sowie die Bekämpfung von
Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Anti-
semitismus, Intoleranz und Populismus als
Prioritäten festgelegt.

Als weitere bedeutende Themen dieser
Ratspräsidentschaft werden die
Verhandlungen fortgesetzt sowohl zum Brexit
als auch zum kommenden langfristigen EU-
Haushalt, dem Mehrjährigen Finanzrahmen.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Stellvertretende Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Wirtschaft

Wirtschaft

Wirtschaft



Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission - Ethikgruppe der Kommission fordert gerechtere Verteilung	
• Eurobarometer: Positives Bild der EU im Vorfeld der Europawahlen gestärkt	
• Plowdiw und Matera sind Europäische Kulturhauptstädte 2019	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Verbot von Einwegplastik - Einigung begrüßt	
• Fangquoten für 2019 - Mehr Scholle und Kabeljau, Beschränkungen für Aal	
• Finanzmarkt: Bessere Kundenberatung in Sachen Nachhaltigkeit	
• EU hilft 1,5 Millionen Flüchtlingen in der Türkei mit Geldkartenprogramm	
• Glasfaserkabel unter dem Atlantik soll Europa und Lateinamerika ab 2020 verbinden	
• Künstliche Intelligenz: EU fördert KI-Plattform für Unternehmen und Behörden	
<u>Ausschreibungen</u>	13
• KOM - Forschungs- und Ausbildungsprogramm der Europäischen Atomgemeinschaft	
<u>Kontaktbörse</u>	14
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	17
• Neu in der LV – Marion Straßer	
• Tipp – AdR-Newsletter	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	21
<u>Impressum</u>	22



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission - Ethikgruppe der Kommission fordert gerechtere Verteilung

Der technologische Wandel in der Arbeitswelt muss von Innovationen im sozialen und im öffentlichen Sektor begleitet werden, wenn die EU eine gerechte Verteilung des durch Technologie und Automatisierung geschaffenen Produktivitätsgewinne gewährleisten und ihre hohen Standards bei Arbeit und Sozialschutz bewahren will. Zu diesem Ergebnis kommt der am 19. Dezember 2018 von der Kommission vorgestellte Bericht zu Trends der neuen Arbeitswelt.

Der Bericht untersucht die Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz auf Arbeitsplätze, neue Arbeitsmethoden in der so genannten Gig Economy, bei der kleine Aufträge kurzfristig an unabhängige Freiberufler oder geringfügig Beschäftigte vergeben werden, bis hin zum Einsatz intelligenter Tools bei der Anwerbung von Arbeitnehmern. Er wurde von der Europäischen Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien (EGE), einem unabhängigen Beratungsgremium der Kommission, erstellt.

Der Bericht verweist darauf, dass neue Technologien Wert schaffen und Effizienzsteigerungen bringen. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass ein kleiner Teil der Gesellschaft beträchtliches Vermögen ansammelt, während andere mit einer zunehmenden Ungleichbehandlung konfrontiert sind. Die Ethikgruppe der Kommission EGE warnt davor, dass neue Formen der Arbeit eine beispiellose Flexibilität, aber auch Prekarität mit sich bringen und die Grenzen der bestehenden Sozialmodelle aufzeigen.

Die EGE betont, dass Technologien nicht die alleinige Ursache für die aktuellen Herausforderungen sind, und verweist auf die Politik und Institutionen, die die Arbeitsbedingungen prägen. Angesichts des raschen Wandels fordert die Ethikgruppe eine Verlagerung des derzeitigen Schwerpunkts: Anstatt einzelne Arbeitskräfte für die neuen Technologien umzuschulen, sollte die Vorbereitung auf diese Technologien in der gesamten Gesellschaft erfolgen. Insbesondere fordert die EGE in ihren Empfehlungen die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie Sozialversicherungsleistungen außerhalb der formalen Beschäftigungsvereinbarungen gewährt werden können, und fordert die Mitgliedstaaten auf, eine Steuerpolitik umzusetzen, die gleichzeitig das Wachstum fördert und die Einkommensungleichheit verringert und eine gerechte Verteilung des durch Technologie und Automatisierung geschaffenen Vermögens gewährleistet. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 19. Dezember 2018](#)

[Opinion Future of Work, future of Society](#)

[Erklärung der EGE zu Künstlicher Intelligenz, Robotik und Autonomen Systemen](#)



Eurobarometer: Positives Bild der EU im Vorfeld der Europawahlen gestärkt

Vor den Europawahlen im Mai 2019 ist eine Mehrheit der Europäer der Meinung, dass ihre Stimme in der EU zählt. Laut der am 21.12.2018 veröffentlichten aktuellen Eurobarometer-Umfrage gilt dies für 70 Prozent der Deutschen, das sind mehr als 20 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Als Bürger der Europäischen Union fühlen sich in Deutschland 86 Prozent, europaweit 71 Prozent. Auch die Zahl der Europäer, die ein positives Bild von der EU haben, steigt – auf 43 Prozent, in Deutschland liegt sie bei 47 Prozent. Das Vertrauen in die EU bleibt stabil bei 42 Prozent europaweit und liegt weiter über dem Vertrauen in nationale Regierungen. 51 Prozent der Befragten in Deutschland vertrauen der EU, 92 Prozent der Deutschen befürworten die Freizügigkeit für EU-Bürger.

20 Jahre nach der Einführung des Euro als gemeinsamen Währung bleibt die Unterstützung für die Wirtschafts- und Währungsunion und den Euro auf einem Rekordhoch, wobei drei Viertel der Befragten (75 Prozent, +1 Prozentpunkt) im Euroraum für die einheitliche Währung sind. Die Mehrheit der EU-Bürger hält die Situation der europäischen Wirtschaft für "gut" (49 Prozent), ein leichter Rückgang seit dem Frühjahr 2018 (-1 Prozentpunkt). Die Mehrheit der Befragten in 16 EU-Mitgliedstaaten (14 im Frühjahr 2018) gibt an, dass die nationale Wirtschaftslage gut ist. Malta (95 Prozent) sowie Luxemburg und die Niederlande (je 91 Prozent) sind die Länder mit den höchsten Prozentsätzen. In Dänemark, Deutschland, Schweden (alle 88 Prozent) und Österreich (81 Prozent) sind mehr als acht von zehn Befragten dieser Meinung.

Die Einwanderung bleibt mit 40 Prozent (+2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2018) die Hauptsorge der Europäer, in Deutschland sehen 45 Prozent der Befragten Einwanderung als derzeit größtes Problem auf EU-Ebene. Einwanderung wird doppelt so oft erwähnt wie der Terrorismus (20 Prozent, Deutschland: 13 Prozent), der trotz eines starken Rückgangs (-9 seit Frühjahr 2018) nach wie vor die zweitwichtigste Sorge darstellt. Der Zustand der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten liegt in Deutschland mit 30 Prozent an zweiter, in Europa an dritter Stelle (19 Prozent, +2). Der Klimawandel ist für 16 Prozent der befragten Europäer ein Hauptanliegen, in Deutschland für 21 Prozent der Befragten.

Die Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2018 (EB 90) wurde vom 8. bis zum 22. November 2018 in Form von Direktbefragungen durchgeführt. Insgesamt wurden 32.600 Personen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie in den Kandidatenländern befragt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Standard-Eurobarometer-Umfrage Herbst 2018: Positives Bild der EU überwiegt im Vorfeld der Europawahlen](#)
[Standard-Eurobarometer 90](#)



Plowdiw und Matera sind Europäische Kulturhauptstädte 2019

Seit dem 1. Januar 2019 tragen **Plowdiw in Bulgarien** und **Matera in Italien** für ein Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“. **Tibor Navracsics**, EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, erklärte, dass die Städte Plowdiw und Matera mit ihren Kulturprogrammen zeigten, wie sie ihre eigene Zukunft und die Zukunft Europas sähen, und feierten dabei ihr außergewöhnliches jahrhundertealtes Erbe. Die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ bringe Menschen zusammen und hebe die Rolle der Kultur beim Aufbau einer europäischen Identität hervor. Beide Städte würden dazu beitragen, dass das erfolgreiche Europäische Jahr des Kulturerbes 2018 – das gezeigt habe, wie Kultur unsere Städte und Regionen zum Besseren verändern könne – noch lange nachwirke.

Plowdiw ist die erste bulgarische Stadt, die als Kulturhauptstadt Europas ausgewählt wurde. Mit einem umfassenden Programm unter dem Motto „Together“ soll das Jahr 2019 der Region neue Möglichkeiten eröffnen und die Stadt auf internationaler Ebene bekannter machen. Mehr als 300 Projekte sind in Plowdiw und im südlichen Zentralbulgarien sowie in den Städten **Warna, Sofia und Weliko Tarnowo** geplant, darunter Festivals und Gemeinschaftsprojekte. Den Besucherinnen und Besuchern wird eine breite Palette an Veranstaltungen angeboten, etwa verschiedene Ausstellungen, die zum Entdecken des kyrillischen Alphabets einladen, oder Theaterproduktionen, die in Zusammenarbeit mit Ländern des Westbalkans, der Roma- und der türkischen Gemeinschaft entstanden sind. Die Eröffnungsfeierlichkeiten finden vom 11. bis zum 13. Januar statt. Die Kommissarin für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft, **Mariya Gabriel**, wird am 12. Januar an der offiziellen Eröffnungsfeier teilnehmen.

Das Programm im süditalienischen Matera steht unter dem Motto „Open Future“. Im Jahr der Kulturhauptstadt wird Öffnung und Austausch zwischen den „Materani“ und den Besuchern groß geschrieben. Die Eintrittskarte ist gleichzeitig Ausweis, der die Touristen zu „temporären Bürgern“ macht. Sie sollen Matera auch außerhalb der Sassi, den berühmten Höhlenwohnungen, entdecken, und zu Botschaftern der Stadt werden. Die ganze Region **Basilicata** ist am Jahr der Kulturhauptstadt beteiligt – jede der über 130 Gemeinden soll für einen Tag im Fokus stehen. Zu den Highlights gehören „Ars Excavandi“, ein zeitgenössischer Blick auf die Geschichte und Kultur des Bauens unter der Erde; „Re-reading Renaissance“, eine Reise durch die künstlerische Vergangenheit der Regionen Basilicata und Apulien; und „Poetry of primes“, eine Ausstellung über die zentrale Rolle, die die Mathematik im Laufe der Geschichte in der Arbeit von Künstlern gespielt hat. Die Eröffnungsfeierlichkeiten, an denen 2000 Musiker aus allen Dörfern der Region Basilicata und vielen anderen Teilen Europas teilnehmen werden, finden am 19. und 20. Januar statt. Bildungskommissar Tibor Navracsics wird am 19. Januar an der offiziellen Eröffnungsfeier teilnehmen.

1985 leitete **Melina Mercouri**, die damalige griechische Kulturministerin, die Initiative „Kulturhauptstadt Europas“ ein. Mittlerweile zählt sie zu den bedeutendsten kulturellen Initiativen in Europa. Die Städte werden auf der Grundlage eines Kulturprogramms ausgewählt, das eine deutliche europäische Dimension aufweist, die Mitwirkung und aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger der Stadt fördert und zur langfristigen Entwicklung der Stadt und ihrer Region beitragen muss.

Der Titel „Kulturhauptstadt Europas“ bietet den Städten auch eine Gelegenheit, ihr Image zu verbessern, ihr Profil in der Welt zu schärfen, mehr Touristen anzuziehen und ihre Entwicklung



aus einer kulturellen Perspektive neu zu bewerten. Der Titel hat eine langfristige Wirkung, nicht nur kulturell, sondern auch sozial und wirtschaftlich, und zwar sowohl für die Städte selbst als auch für die Region.

Im Jahr 2018 waren **Valletta** in Malta und **Leeuwarden** in den Niederlanden die Kulturhauptstädte Europas. Nach Plowdiw und Matera im Jahr 2019 werden folgende Städte den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ übernehmen: 2020 **Rijeka** (Kroatien) und **Galway** (Irland), 2021 **Timișoara** (Rumänien), **Elefsina** (Griechenland) und **Novi Sad** (Serbien, Kandidatenland), 2022 **Esch** (Luxemburg) und **Kaunas** (Litauen) und 2023 **Veszprém** in Ungarn (empfohlen).

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Kulturhauptstädte Europas 2019: Plowdiw und Matera](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Verbot von Einwegplastik - Einigung begrüßt

Ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Plastikmüll im Meer: Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben sich am 19. Dezember darauf geeinigt, Einwegplastik-Produkte vom Markt zu nehmen, für die es leicht verfügbare und erschwingliche Alternativen gibt, beispielweise Wattestäbchen, Plastikbesteck und Plastikgeschirr. Solche Produkte machen einen großen Teil der Abfälle im Meer aus. Bei anderen Einwegprodukten aus Kunststoff sollen der Verbrauch gemindert, das Abfallmanagement verbessert und die Produkte klarer gekennzeichnet werden.



Die Einigung im Dezember stützt sich auf einen Vorschlag der EU-Kommission. Diesen hatte sie im Mai 2018 als Teil der weltweit ersten umfassenden Kunststoffstrategie vorgelegt, um Bürger und Umwelt vor Kunststoffverschmutzung zu schützen und gleichzeitig Wachstum und Innovation zu fördern.

Die erzielte vorläufige Einigung muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat förmlich genehmigt werden. Nach ihrer Genehmigung wird die neue Richtlinie im Amtsblatt der EU veröffentlicht, und die Mitgliedstaaten müssen sie nach zwei Jahren umsetzen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Vollständige Pressemitteilung über die Einigung](#)

[Vorschlag der EU-Kommission vom Mai 2018](#)

[Fragen und Antworten : Neue EU-Vorschriften zur Verringerung der Meeresabfälle](#)

[Faktenblätter zur Plastikstrategie \(link is external\)](#)

[Europäische Plastikstrategie](#)

[Maßnahmenpaket zur Kreislaufwirtschaft](#)

Kampagne '[Be Ready to Change](#)'

Fangquoten für 2019 - Mehr Scholle und Kabeljau, Beschränkungen für Aal

Nach intensiven Verhandlungen haben sich am 19. Dezember die für Landwirtschaft und Fischerei zuständigen EU-Minister auf ihrer Tagung in Brüssel auf Fangmöglichkeiten für 2019 im Atlantik, in der Nordsee und im Schwarzen Meer verständigt. Mit der Vereinbarung erhöht sich die Zahl der nachhaltig befischten Bestände von 53 auf 59. Die Fangmengen für Scholle und Kabeljau können erhöht werden. Beim europäischen Aal wird es einen zusätzlichen Schutz geben.

Der Rat beschloss die Fangmengen für eine Reihe von Beständen zu erhöhen, darunter Scholle im Skagerrak/Kattegat, südlicher Seehechtbestand, westliche und südliche Stöcker, Kabeljau, Seezunge und Scholle in der Irischen See sowie Seezunge und Flügelbutt im Golf von Biskaya. Als Ergebnis dieser Ratsentscheidung wird sich die Zahl der auf dem Niveau des höchstmöglichen Dauerertrags (MSY) bewirtschafteten Fischbestände im nächsten Jahr um



sechs Bestände erhöhen. Zudem sieht das Abkommen auch Lösungen für den kritischen Zustand des europäischen Aals vor.

Was schließlich den nördlichen Seebarsch betrifft, so wird die kommerzielle Fischerei bis auf wenige Ausnahmen verboten bleiben, wobei die positiven Entwicklungen, die sich in den wissenschaftlichen Gutachten widerspiegeln, berücksichtigt werden. Es wurde beschlossen, die zulässigen Fangmengen auf 5,5 Tonnen pro Schiff für Haken und Leinenfischerei, auf 400 kg für zwei Monate für Trawler, auf 210 kg für Waden und auf 1,4 Tonnen pro Jahr für feste Kiemennetze zu erhöhen.

Die vereinbarten Fangmöglichkeiten belaufen sich auf über 5 Mrd. Euro, wovon mehr als 50.000 Fischer profitieren. Mit zunehmendem Bestand wichtiger Fische wie dem nördlichem Seehecht und südlichen Stöcker sowie von Kaisergranat in Skagerrak/Kattegat steigt auch die Rentabilität des Fischereisektors mit einem geschätzten Gewinn von 1,4 Mrd. Euro für 2018. Die Verhandlungen des Rats basierten auf [dem Vorschlag der Kommission](#) für die zulässigen Gesamtfangmengen (TAC), die Kommissar **Vella** am 7. November vorgelegt hat.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 19.12.2018](#)

[Das vollständige Statement vom Kommissar Karmenu Vella](#)

[Das Ergebnis der Tagung des Rats für Landwirtschaft und Fischerei](#)

[Die Einigung im Einzelnen](#)

Finanzmarkt: Bessere Kundenberatung in Sachen Nachhaltigkeit

9

Bei der Beratung ihrer Kunden sollen Wertpapierfirmen und Versicherungsvertreiber künftig Nachhaltigkeitsfragen besser berücksichtigen. Wie in ihrem [Aktionsplan für ein nachhaltiges Finanzwesen](#) vom Mai 2018 angekündigt, hat die Europäische Kommission heute (Freitag) entsprechende Vorgaben veröffentlicht, die nun noch formell beschlossen werden müssen.

Konkret sollen delegierte Rechtsakte im Rahmen der [Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente](#) (MiFID II) und der [Richtlinie über den Versicherungsvertrieb](#) geändert werden. Ziel ist es, die sogenannten ESG-Ziele für mehr ökologische und soziale Verantwortung sowie eine gute Unternehmensführung in die Anlageberatung und Vermögensverwaltung sowie in den Vertrieb von versicherungsbasierten Anlageprodukten zu integrieren.

Die Kommission kann die heute vorgelegten Entwürfe erst dann offiziell verabschieden, wenn auf EU-Ebene neue Offenlegungsvorschriften für nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken vereinbart wurden, die eine EU-weite Definition für ESG-Überlegungen enthalten. Gleichzeitig soll die heutige Veröffentlichung aber sicherstellen, dass Wertpapierfirmen und Versicherungsvertreiber sich bereits darauf vorbereiten können, ESG-Überlegungen bei den Prüfungen zu berücksichtigen, die sie durchführen, bevor sie ihren Kunden Investitionen vorschlagen. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 4.1.2019](#)



EU hilft 1,5 Millionen Flüchtlingen in der Türkei mit Geldkartenprogramm

Mit ihrem Programm zur sozialen Sicherung für Notsituationen hat die EU-Kommission inzwischen 1,5 Millionen besonders schutzbedürftige Flüchtlinge in der Türkei erreicht. Das Sicherheitsnetz versorgt Flüchtlinge mit einer Debitkarte, die ihnen Zugang zu monatlichen Geldzuweisungen bietet, damit sie ihren dringendsten Grundbedarf, z. B. Lebensmittel, Arzneimittel oder Mieten, selber decken können.

Christos Stylianides, EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement, sagte am Montag, 07.01.2019, bei seinem Besuch in der Türkei, dass jetzt 1,5 Millionen Flüchtlinge in der Türkei in der Lage seien, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen und ein Leben in Würde zu führen. Die Europäische Union Sorge in Zusammenarbeit mit der Türkei für eine echte Verbesserung der Lebensbedingungen der schutzbedürftigsten Flüchtlinge. Er sei stolz auf das, was man bisher gemeinsam erreicht habe. Gemeinsam mit der Türkei werde die Europäische Union diese Unterstützung fortsetzen und ich dabei darauf konzentrieren, die Nachhaltigkeit ihrer Hilfe zu gewährleisten. Das von der EU finanzierte Programm, das im September 2016 ins Leben gerufen wurde, ist das größte einzelne humanitäre Projekt in der Geschichte der Europäischen Union. Ein anderes Vorzeigeprogramm (Conditional Cash Transfer for Education - CCTE), das an Bedingungen geknüpfte Geldzuweisungen für Bildungsleistungen vorsieht, hat seine ursprünglichen Ziele übertroffen. Inzwischen werden die Familien von mehr als 410.000 Kindern unterstützt, die regelmäßig die Schule besuchen.

Die EU-Programme werden 2019 fortgesetzt, wobei der Schwerpunkt auf der kontinuierlichen Unterstützung der am stärksten benachteiligten Personen und auf der Gewährleistung eines nachhaltigen Übergangs von der humanitären Hilfe zu langfristig angelegten Unterstützungsmaßnahmen liegen wird. Die für 2019 vorgesehene humanitäre Hilfe der EU beläuft sich auf 640 Mio. Euro, wovon 80 Mio. Euro für die Unterstützung der Bildung in Notsituationen vorgesehen sind. Diese Mittel sind Teil der zweiten Tranche der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei in Höhe von 3 Mrd. Euro, die für humanitäre und nicht humanitäre Hilfe bereitgestellt wird.

Das soziale Sicherheitsnetz für Notsituationen (Emergency Social Safety Net - ESSN) wird gemeinsam von dem Welternährungsprogramm und dem Türkischen Roten Halbmond in enger Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden durchgeführt. Durch die EU-Finanzierung, die sich inzwischen auf insgesamt fast 1 Mrd. Euro beläuft, erhalten die Flüchtlinge monatlich rund 20 Euro pro Person sowie vierteljährliche Aufschläge zur Deckung ihres Grundbedarfs. Neben der humanitären Hilfe liegt der Schwerpunkt der EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei auf Bildung, Migrationssteuerung, Gesundheit, kommunaler Infrastruktur und sozioökonomischer Unterstützung. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [1,5 Millionen Flüchtlinge in der Türkei werden durch das bisher größte humanitäre Programm der EU unterstützt](#)

[Informationsblatt: Die humanitäre Hilfe der EU für die Türkei](#)

[Informationsblatt: EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei](#)



Glasfaserkabel unter dem Atlantik soll Europa und Lateinamerika ab 2020 verbinden

Der Vertrag über den Bau eines Glasfaserkabels unter dem Atlantik, das Lateinamerika und Europa verbinden wird, ist in Kraft. Das gab die Europäische Kommission am Dienstag, 08.01.2019, in Brüssel bekannt. Dieses neue transatlantische Kabel soll 2020 einsatzbereit sein und wird zwischen Portugal und Brasilien verlaufen. Die hohe Breitbandkonnektivität soll den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Austausch zwischen den beiden Kontinenten fördern.

Ein wichtiger Teilnehmer des Projekts ist das BELLA-Konsortium (Building the Europe Link to Latin America), eine internationale Partnerschaft von Forschungs- und Bildungsnetzwerken. Größter Investor ist die Europäische Kommission mit einem Beitrag von rund 26,5 Mio. Euro aus dem EU-Forschungsprogramm Horizont 2020 und dem [Instrument für regionale Entwicklungszusammenarbeit](#).

Entwicklungskommissar **Neven Mimica**, Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska, Forschungskommissar **Carlos Moedas** und Digitalkommissarin **Mariya Gabriel** gaben in einer gemeinsamen Erklärung an, dass Lateinamerika und Europa nie zuvor so eng vernetzt gewesen wären. Es sei sehr erfreulich, dass dieses Tiefseekabel nun Realität werde. Die neue Datenautobahn werde Innovationen bei Erdbeobachtungsdiensten fördern, die Europäer dem gemeinsamen Forschungsraum zwischen der EU und Lateinamerika einen Schritt näher bringen und Lateinamerikas digitale Kluft zu Europa wie auch innerhalb des Kontinents schließen helfen. Darüber hinaus berge sie enormes Potenzial für eine noch intensivere Zusammenarbeit in den kommenden Jahren. • *eag Quelle: PM KOM*

11

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

Künstliche Intelligenz: EU fördert KI-Plattform für Unternehmen und Behörden

Am Donnerstag, 10.01.2018, beginnen 79 Partner aus 21 Ländern ihre gemeinsame Arbeit an einer umfassenden Plattform zu Künstlicher Intelligenz. Das so genannte AI4EU-Projekt wird mit EU- Mitteln in Höhe von 20 Mio. Euro gefördert. Unter den Partnern befinden sich beispielsweise auch Siemens, SAP, die Allianz, die TU Berlin, die Fraunhofer Gesellschaft und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Das französische Unternehmen Thales leitet das Projekt.

Der Vizepräsident der EU-Kommission für den digitalen Binnenmarkt, **Andrus Ansip**, und die für digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige Kommissarin **Mariya Gabriel** sagten dazu, dass Europa die Vorteile von KI-Innovationen nur dann voll ausschöpfen könne, wenn diese Technologie für alle leicht nutzbar sei. Das Projekt AI4EU werde dazu beitragen, die KI für kleine Unternehmen, Nicht-Technologieunternehmen und öffentliche Verwaltungen in ganz Europa zugänglich zu machen

Mit der Plattform, die im Laufe des Jahres 2019 eingerichtet wird, soll eine Anlaufstelle für Ressourcen für Künstliche Intelligenz (Artificial Intelligence, AI) einschließlich Datenspeicher,



Rechenleistung, Werkzeuge und Algorithmen schaffen. Sie wird potenzielle Nutzer der Technologie unterstützen und ihnen helfen, KI-Lösungen zu testen und in ihre Prozesse, Produkte und Dienstleistungen zu integrieren. AI4EU, die eine offene und kollaborative Plattform sein wird, soll auch Fortbildungs- und Umschulungskurse anbieten.

Am 25. April 2018 stellte die Kommission ihre Strategie für künstliche Intelligenz vor und kündigte die Entwicklung der AI-on-Demand-Plattform an. Insgesamt erhöht die Kommission ihre Investitionen in Forschung und Innovation im Bereich der künstlichen Intelligenz im Rahmen des Programms Horizont 2020 für den Zeitraum 2018-2020 auf 1,5 Mrd. Euro. Das AI4EU-Projektteam wird eng mit den Digital Innovation Hubs für Robotik und dem zukünftigen Netzwerk von KI-Exzellenzzentren zusammenarbeiten, um den Zugang zur KI-Technologie weiter zu erleichtern. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung auf Englisch](#)
[Strategie für Künstliche Intelligenz](#)

Malmström setzt Handelsgespräche in Washington fort

Handelskommissarin **Cecilia Malmström** hat am Mittwoch, 09.01.2019, in Washington ihre Gespräche über Handelsbeziehungen und unfaire Handelspraktiken fortgesetzt. Sie traf dazu mit dem japanischen Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, **Hiroshige Seko**, und dem US-Handelsbeauftragten **Robert Lighthizer** zusammen. Dabei ging es um handelsverzerrende Marktpraktiken, eine Reform der Welthandelsorganisation WTO sowie digitalen und elektronischen Handel. In ihrer gemeinsamen Erklärung bekräftigten die Vertreter der EU, Japans und der USA ihre Besorgnis über staatliche Subventionen und erzwungenen Technologietransfer, vor allem durch China. Sie beschlossen, ihre Zusammenarbeit in allen Bereichen zu vertiefen.

Zuvor hatte sich Malmström bilateral mit Lighthizer zu Beratungen über die künftige Gestaltung der EU-US-Handelsbeziehungen getroffen. Malmström sagte anschließend in einer Pressebegegnung, die EU sei bereit, über Zölle auf alle Industriegüter zu reden, aber sie habe klar gemacht, dass von Seiten der EU nicht über Landwirtschaft diskutiert werden werde, so wie die US-Seite nicht über öffentliche Aufträge und geografische Angaben diskutieren werde.

Die EU-Kommission hat am 09.01.2019 beschlossen, ein Verhandlungsmandat vorzubereiten, mit dem sie Mitgliedstaaten darum bittet, in ihrem Namen über ein Handelsabkommen mit den USA zur Beseitigung der Zölle auf Industriegüter und zur Abstimmung von Regulierungen zu verhandeln.

Die Beratungen zwischen der EU und den USA fanden im Rahmen der von den Präsidenten **Jean-Claude Juncker** und **Donald Trump** eingesetzten Exekutiv-Arbeitsgruppe zur Umsetzung der positiven Handelsagenda zwischen der EU und den USA statt. Die Ziele dafür wurden in der von den Präsidenten Juncker und Trump im Juli verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung vereinbart. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 10. Januar 2019](#)
[Die Gemeinsame Erklärung der EU, Japans und der USA](#)



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen und verbundene Tätigkeiten im Rahmen des Arbeitsprogramms 2019-2020 des Forschungs- und Ausbildungsprogramms der Europäischen Atomgemeinschaft (2019-2020) in Ergänzung des Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“
Fundstelle: Abl.	C 5 vom 08. Januar 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2019:005:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	Unbekannt
Antragsunterlagen:	Dieses Arbeitsprogramm mit Fristen und Budgets für die Tätigkeiten, die praktischen Einzelheiten zu den Aufforderungen und den damit verbundenen Tätigkeiten sowie der Leitfaden für Antragsteller sind über das Portal für Finanzierung und Ausschreibungen: https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/h2020 abrufbar. Diese Informationen werden bei Bedarf auf dem Portal aktualisiert.



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such – H2020 Enterprise Europe Network Mazedonien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Partner für Forschungsprojekt zum „Aufbau einer intelligenten Wasserwirtschaft und -gesellschaft“ gesucht</p> <p>Ein mazedonisches Unternehmen bereitet einen Projektantrag zum Programmaufruf CE-SC5-04-2019 vor. Das Projekt zielt darauf ab, ein allumfassendes, innovatives Modell der Wasserplanung und Wasserwirtschaft in allen Bereichen der Wassernutzung (Kommunalwirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Energieerzeugung) zu entwickeln. Dafür werden Projektpartner gesucht, wie bspw. F&E-Einrichtungen, Universitäten, Designer usw., die sich gemeinsam für die Ausschreibung bewerben möchten, um dieses Modell zu entwickeln.</p> <p>Das Modell soll auf einem ganzheitlichen und integrierten technologischen, ökologischen, betriebswirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Ansatz, zur Schaffung einer komplexen und systemischen Methode, basieren.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/616934ec-03e5-4f01-9392-19d1200e42df</p> <p>Referenznummer: RDMK20181219002</p>



Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Spanisches Unternehmen sucht Fertigungspartner zur Herstellung von Gehäusen für ein Gerät zur Fleischbegutachtung Ein spanisches Unternehmen ist auf die Entwicklung von kosten- und energieeffizienten integrierten Lösungen für die Lebensmittelindustrie spezialisiert. Das Unternehmen hat ein Gerät im Taschenformat entwickelt, das zur Begutachtung von Fleischstücken während und nach der Verarbeitung genutzt werden kann. Es sucht europäische Partner, die in der Lage sind, Gehäuse für diese Geräte im Rahmen einer Fertigungsvereinbarung herzustellen (vorzugsweise einschließlich Design). Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/57041cb2-80d3-431b-a352-2003b3ba30ba Referenznummer: BRES20181211001
Technologie-gesuch Enterprise Europe Network Litauen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Litauisches Unternehmen sucht Überwachungstechnik für Tankwanddicke mit Lizenzvertrag oder technologischen Support Ein litauisches Unternehmen, das technische Systeme und Prototypen entwickelt, sucht nach einer Lizenzvereinbarung oder technologischer Unterstützung zur Überwachung der Wanddicke von Tanks aus glasfaserverstärkten Kunststoffen. Das gesuchte Unternehmen sollte ein tragbares System zur Überwachung der Wanddicke von Abwassertanks liefern können oder gemeinsam entwickeln wollen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/379e891d-6975-42c7-85bd-9c0d18cf9092 Referenznummer: TRLT20181210001



Technologie- gesuch	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt	Polnischer Distributor sucht Hersteller von 3D-Druckern im Rahmen eines Vertriebsvertrags
Enterprise Europe Network	Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Das polnische Unternehmen, das sich auf den Vertrieb von 3D-Druckern spezialisiert hat, will dieses Geschäftsfeld weiter ausbauen. Die Firma sucht weltweit nach Herstellern von 3D-Druckern. Das Unternehmen strebt eine langfristige Geschäftskooperation im Rahmen eines Vertriebsdienstleistungsvertrages an.
Polen		Folgende Anforderungen an den Hersteller werden gestellt: <ul style="list-style-type: none">- Gerät ermöglicht Erstellung von 3D-Objekten- 3D Rapid Prototyping Methoden- Filamente, Granulat, Pulver, Zubehör- Einhaltung von Lieferterminen- Einhaltung von Qualitätsanforderungen und Lieferzusagen- Einhaltung der europäischen Standards und Normen Erfahrungen in der internationalen Zusammenarbeit sind erwünscht.
		Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/4e93fe54-4205-4c81-8c3c-bb66562848c8
		Referenznummer: BRPL20181219001



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Neu in der LV – Marion Straßer

Mein Name ist Marion Straßer. Ich bin Österreicherin und vor 18 Jahren mit meiner Familie nach Brüssel gezogen. Bis zu meinem Umzug war ich Beamtin in der österreichischen Finanzverwaltung. Die letzten 13 Jahre war ich in der Internationalen Deutschen Schule Brüssel tätig. Dort war ich u.a. Mitglied im GrundschulePlus-Team und betreute damit u.a. Kinder am Nachmittag. Überwiegend war ich jedoch in der Verwaltung tätig, beispielsweise als Leiterin des „Welcome Office“. In dieser Position war ich für die gesamten Schülerneuaufnahmen zuständig. Diese Arbeit war außerordentlich interessant und abwechslungsreich und hat mir sehr viel Freude bereitet. Jedoch war es nach diesen vielen Jahren Zeit für einen Wechsel.

Und so werde ich nun die Landesvertretung Sachsen-Anhalt tatkräftig im Sekretariat unterstützen.

Ich freue mich sehr auf eine gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

Tipp – AdR-Newsletter

17



Der aktuelle Newsletter des Ausschusses der Regionen wurde am 02. Januar 2019 veröffentlicht. Der Newsletter enthält Neuigkeiten, Veranstaltungen, Stellungnahmen zu EU-Politiken, Veröffentlichungen u.a.m.

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. Informationen zu folgenden Themen:

- Erweiterungspaket
- Finanzierung nachhaltigen Wachstums
- Europäischer Sozialfonds Plus
- Grenzübergreifender Mechanismus
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und Kohäsionsfonds
- COP 24: Die Städte und Regionen werden sich weiterhin für mehr Ambition beim Klimaschutz einsetzen
- Politische Bildung: Politiker diskutieren mit Schülern über Europa



Sachsen-Anhalt wird in dieser Legislatur durch

- Dr. Michael Schneider, Staatssekretär, Bevollmächtigter des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, und
- Tilman Tögel, Mitglied des Kreistages Stendal, vertreten



Europäischer Ausschuss der Regionen

Den Newsletter können Sie [hier](#) abonnieren und individuelle Informationen erhalten. • eag

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Am ersten Januar 2019 ist der Euro 20 Jahre alt geworden. Dieses Ereignis stellt einen Meilenstein in der europäischen Geschichte dar: Als zweitstärkste Währung der Welt brachte er Stabilität und Sicherheit mit sich. Europäische Privathaushalte, Unternehmen und Staaten profitierten in vielerlei Hinsicht von ihm.



- 1.) Wie viele Länder haben den Euro als offizielle Währung eingeführt?
 - a) 19
 - b) 24
 - c) 17
- 2.) Am 1. Januar 1999...
 - a) ...wurde der Vertrag von Maastricht unterschrieben.
 - b) ...wurde der Euro als Buchgeld eingeführt.
 - c) ...nahm die Europäische Zentralbank erstmals ihre Arbeit auf.



- 3.) Welche Länder haben den Euro als Landeswährung eingeführt, obwohl sie nicht der Europäischen Union angehören?
- a) Bosnien-Herzegowina und Serbien.
 - b) Albanien und Mazedonien.
 - c) Montenegro und Kosovo.



Antworten

- 1.) a) Insgesamt gehören 19 Staaten der EU zur sogenannten Eurozone: Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Spanien und die Republik Zypern. Als letztes hat Litauen den Euro im Jahr 2015 eingeführt. Um ihn einzuführen muss ein Staat den EU-Konvergenzkriterien entsprechen. Diese beziehen sich auf die Preisniveaustabilität und die damit zusammenhängende Inflationsrate, die Finanzlage allgemein welche den staatlichen Schuldenstand und das Haushaltsdefizit beinhaltet, die Wechselkursstabilität und die langfristigen Zinssätze.
- 2.) b) Am 1. Januar 1999 wurde der Euro als Buchgeld eingeführt. Drei Jahre später, am 1. Januar 2002, wurde er als Bargeld eingeführt. Der Vertrag von Maastricht, auch Vertrag über die Europäische Union genannt, wurde am 7. Februar 1992 in der niederländischen Stadt Maastricht vom Europäischen Rat unterschrieben. Die Europäische Zentralbank wurde 1998 gegründet und dient als gemeinsame Währungsbehörde der Nationalen Zentralbanken einzelner EU-Staaten. Die Aufgaben der Europäischen Zentralbank wurden im Vertrag von Maastricht festgelegt, seit 2007 ist sie als Organ der Europäischen Union anerkannt. Ihren Hauptsitz hat sie in Frankfurt am Main.
- 3.) Montenegro und Kosovo haben beide 2002 den Euro als Landeswährung eingeführt. Dieser ist hier kein gesetzliches Zahlungsmittel, die Bevölkerung behandelt ihn jedoch so. Seit 1999 wurde in Montenegro neben dem Dinar die Deutsche Mark benutzt. Als dann der Euro eingeführt wurde, widersprach die Europäische Zentralbank nicht. Allerdings erfüllen beide Staaten die Konvergenzkriterien nicht, weswegen diese Euro-Ausnahme immer noch viel diskutiert bleibt. Bei Fragen zum Euro oder rund ums Thema Europa wenden Sie sich gern an EUROPE DIRECT Sachsen-Anhalt / Halle unter info@europedirect-halle.de oder besuchen Sie unser Informationszentrum in der Herrenstr. 20 in Halle (Saale).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
NN	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Carmen Johannsen (CJ)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
NN	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
NN	Hospitant	...16	E-Mail
Laura Schwarz (LS)	Praktikantin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

